

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1818

16.3.1818 (Nr. 75)

Karlsruher Zeitung.

Nr. 75.

Montag, den 16. März.

1818.

Deutsche Bundesversammlung. (Fortsetzung des Auszugs des Protokolls der 11. Sitz. am 23. Febr.) — Kurhessen. — Mecklenburg-Schwerin. — Sachsen. (Leipzig.) — Frankreich. — Italien. (Neapel.) — Oestreich. — Preussen. — Rußland. — Schweden. — Schweiz. — Spanien. (Offizielle Nachricht von der Ankunft der russ. Eskadre zu Cadix.)

Deutsche Bundesversammlung.

Fortsetzung des Auszugs des Protokolls der 11. Sitz. am 23. Febr. Braunschweig u. Nassau für Nassau (Fortf. u. Beschluß): Hieraus, und aus mehreren andern mitwirkenden Ursachen, ist gerade in den Staaten, wo ständische Verfassungen neu eingeführt werden sollen, ein Zustand und eine Stimmung einer zahlreichen Klasse der Einwohner hervorgegangen, die der Gründung eines politischen Instituts nichts weniger als günstig erscheinen dürfte, welches als notwendige Vorbedingung wechselseitiges Vertrauen zwischen Regierung und Regierten unterstellt, wenn es anders heilsame Wirkungen hervorbringen soll. In eben diesen Ländern sind auch die Begriffe der Mehrzahl der Einwohner über das, was ständische Verfassungen seyn und was sie wirken sollen, noch nicht geordnet, und das eben geschilderte Verhältniß mancher unter ihren einflussreichen und angesehenen Bewohnern zu den Regierungen trägt nicht dazu bei, diese Begriffe in dem gegenwärtigen Moment zu berichtigen. Allgemein verbreitet ist das Vorurtheil, daß Stände und Regierung ein von einander abweichendes Interesse zu verfolgen haben, mithin die Stände in den ständischen Versammlungen, wenn auch nicht gerade vor Regierung feindselig gegenüber zu stehen, doch die Rechte des Volks gegen die Angriffe der Regierungen zu verteidigen, vorzüglich durch ihre Institution selbst, bestimmt seyen. Dieses Vorurtheil wird noch dadurch bestärkt, daß wirklich in manchen Ländern, wo frühere ständische Verfassungen bestanden haben, und noch bestehen, die Stände gegen die Regierungen solchestellungen angenommen haben, und häufig in sie notwendig veretzt werden mußten, weil ihnen ihre Bestimmung nicht klar vorschwebte, und sie hier und da von irrigen Voraussetzungen ausgehend, oder, durch ihnen verfassungsmäßig eingeräumte Rechte dazu veranlaßt, in die Ausübung der Staatsverwaltung einzugreifen versucht haben, wodurch bekanntlich in dem Prinzip der wahren Standpunkte der Stände, Fürsorge für die verfassungsgemäße Wirksamkeit der Landesverwaltung, verrückt wurde, und im-

mer ein Kampf entstehen mußte, der den Regierten und der Regierung gleich nachtheilig wird. Die Zeit, aber auch die Erfahrung und Uebung werden diese Begriffe berichtigen, die Einwohner werden sich davon überzeugen, daß Regierung und Stände nur ein gemeinschaftliches Interesse haben, daß, indem die Verfassung den Ständen das Recht der öffentlichen Fürsorge für die Wirksamkeit der Verwaltung in Gemäßheit der gegebenen Verfassung in ihrer Thätigkeit wirklich einräumt, und die Art der Ausübung dieses Rechts bestimmt, schon durch die Existenz dieser ständischen Befugnisse und ihrer möglichen und leichten Ausübung durch die Stände die Regierungen werden verhindert werden, auch wenn sie dazu Neigung haben könnten, ihre Gewalt zu mißbrauchen oder auf Abwege zu gerathen, so daß die Fälle zu den höchst seltenen und außergewöhnlichen sicher gehören werden, wo Stände und Verwaltung, anstatt sich wechselseitig aufzuklären, nur gleiche Zwecke zu verfolgen, und in den ihnen durch die Natur der Verhältnisse und die Verfassungen bestimmten Schranken stehen zu bleiben, sich feindselig gegenüber stehen, und in offene Feinden fallen. Zeit, Erfahrung und Uebung werden die schwierige Bahn ebnen. Darum ist es nicht zu verkennen, daß die vorliegenden ungunstigen Verhältnisse um so schneller werden überwunden werden, wenn die Regierungen, welche neue landständische Verfassungen anzuordnen haben, unter Beobachtung alles dessen, was Vorsicht fordert, mit Vertrauen den Erwartungen der Unterthanen in dieser Beziehung entgegen gehen, und die Eröffnung der Landstände nicht zu sehr verzögern. Denn auch bei dieser Gelegenheit wird sich der gerade kiedere Sinn der Deutschen, die Wirkung ihrer vielseitigen Bildung aussprechen, und vorgefaßte Meinungen und unrichtige Ansichten werden bald um so gewisser verschwinden, als auch unsere Regenten nicht Zwecke zu verfolgen gewöhnt sind, die mit dem Wohl der Regierten sich nicht vereinigen lassen. Was insbesondere das Herzogthum Nassau anlangt, so haben die verstorbenen Regenten schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1814 und vor Eröffnung der Unterhandlungen des Wiener Kongresses, nachdem allen Einwohnern verfas-

fungsmäßige Rechte bereits früher eingeräumt waren, dem Lande zu deren Aufrechterhaltung auch eine Vertretung durch Landstände gegeben, von deren Norm und Natur eine hohe Bundesversammlung durch die mit gegenwärtiger Abstimmung übergeben werdenden Edikte vom 1. und 2. Sept. 1814, und 3. und 4. Nov. 1815 man in Kenntniß zu setzen nicht veräumt. Große Territorialveränderungen, als Folge der Wiener Kongreßbeschlüsse, und die Einführung einer gleichen Verwaltung für das ganze neu gebildete Land, in finanziellen und andern Beziehungen, aus welcher erst ein übereinstimmendes Landesinteresse für die Einwohner des Landes, welches die Stände zu beobachten, und in ihrem Wirkungskreise verfassungsmäßig zu befördern und weiter auszubilden berufen sind, hervorgehen konnte, hatten die frühere Zusammenberufung bis jetzt unmöglich gemacht. In wenigen Tagen wird aber, nachdem die unerlässlichen Anordnungen, durch welche jede zweckmäßige Wirksamkeit einer Ständeversammlung unbedingt erscheint, in dem Laufe der letzt verfloßenen zwei Jahre getroffen worden sind, die erste ständische Versammlung eröffnet, und dadurch die Bestimmungen des 13. Art. der Bundesakte und der hierauf sich beziehenden Vorschriften des 14. Art. erfüllt werden. Se. herzogliche Durchl. sind zu der Hoffnung berechtigt, daß die Thätigkeit der neuen ständischen Versammlung höchst ihrer Erwartung und der des Landes entsprechen, und dadurch sich Ansprüche auf eine besondere aufmerksame Theilnahme dieser hohen Versammlung an ihren Verhandlungen um so mehr erwerben wird, als diese Ständeversammlung die erste ist, die nach der Konstitution des deutschen Bundes in einem Lande eröffnet wird, welches aus Theilen zusammengesetzt ist, von welchen keiner dieser Theile sich einer ihm eignen landständischen, noch bestehenden abgeforderten Verfassung zu erfreuen hatte. Die Anlagen wurden unter den Zahlen 7 und 8 diesem Protokolle beigelegt. (F. f.)

Kurhessen.

Frankfurter Zeitungen enthalten folgendes aus Kassel vom 11. d.: Die in öffentlichen Blättern mitgetheilte Nachricht von der auf Betreibung des königl. preuß. Kabinet's hier statt habenden Unterhandlung, die Regulirung westphälischer Angelegenheiten in Beziehung auf Kurhessen betreffend (S. Nr. 67), bedarf in so fern einer kleinen Berichtigung, als dem Vernehmen nach vorerst bloß von den unter der westphälischen Regierung vorgenommenen Domainenveräußerungen auf kurhessischem Gebiet die Rede ist, als demjenigen Gegenstände, der eigentlich bisher allein gehdrig in Anregung gebracht worden ist. Andere Gegenstände dürften indessen wohl gleichfalls in Betrachtung gezogen werden, wenn sie von Seiten der Betheiligten zur Sprache gebracht werden sollten. Vor allen aber wird die westphälische Staatsschuld, die bis jetzt noch ganz unberührt geblieben ist, die meisten Schwierigkeiten finden, indem mehrere Regierungen, welche gegenwärtig

im souverainen Besitz des vormaligen westphälischen Gebiets sich befinden, von dem Gesichtspunkte ausgehen, die von dem westphälischen Staate mittelst gezwungenen Anlehens kontrahirten Schulden als durch den Drang der Umstände geborene Kriegskontributionen zu betrachten, bei denen die Natur der Sache zu keiner Rückzahlung oder Verzinsung die Verbindlichkeit auflegen könne.

Mecklenburg-Schwerin.

Schwerin, den 2. März. Die zu Stockholm erfolgte Regierungsveränderung ist unserm Großherzoge mittelst einer besondern Sendung notifizirt worden. Der zu Hamburg residirende kön. schwed. Charge' d'Affaires, Chevalier Hjort, begab sich zu diesem Ende hiersher, und hatte am 22. v. M. eine Privataudienz bei Sr. königl. Hoh. Am großherzogl. Hofe wurde noch am selbigen Tage die Trauer angelegt.

Sachsen.

Leipzig, den 10. März. Dem Vernehmen nach ist die Beendigung unsers Landtags nicht mehr ferne. — Die hiesige Universität hat einen Saal in einem ihrer Gebäude den die Messe besuchenden polnischen Juden zum Behuf ihres Gottesdienstes überlassen. — Der Erbprinz von Hessen-Kassel, des Kurprinzen ältester Sohn, studiert seit zwei Jahren auf der hiesigen Universität.

Frankreich.

Paris, den 12. März. Gestern versammelte sich das Conseil der Minister unter dem Voritze des Königs. Die Sitzung dauerte von 1 Uhr Nachmittags bis 5 Uhr.

Der Bericht über das Budget, den man für heute in der Deputirtenkammer erwartete, wird, wie es nun heißt, erst am 16. d. erstattet werden.

Der ehemalige Lieutenant der 100 Schweizer, Marechal de Camp Pascal, ist dieser Tage hier im 83. Jahre gestorben. Er hatte am 10. Aug. 1792 auf tapferste in den Reihen seiner Landsleute für die Vertheidigung des Thrones gekämpft.

Seit zwei Tagen hat man hier keine englischen Zeitungen mehr erhalten. Die fortdauernde stürmische Witterung scheint die Ursache zu seyn. Die letzten Nachrichten aus London sind vom 5. d. In der Nacht vorher wüthete daselbst ein äußerst heftiger Orkan, der nicht nur mehrere Mauern, sondern auch ein ganzes, noch nicht völlig ausgebautes Haus umwarf, wobei mehrere Personen verwundet wurden, jedoch Niemand umsam. Auch aus verschiedenen Städten Hollands hat man Nachrichten von großen Verwüstungen erhalten, welche am 3. d. ein mit Donner, Blitz, Hagel und Regen begleiteter Orkan daselbst angerichtet hat.

Nachrichten aus Lissabon zufolge ist nunmehr auch der König von Portugal und Brasilien der heil. Allianz beigetreten.

Gestern standen die zu 5 v. h. konsolidirten Fonds zu 65½, und die Bankactien zu 157½ Fr.

Italien.

Ueber die bekannten Unterhandlungen zu Terracina liest man nun in der neuesten Zeitung von Neapel folgendes: Am 16. Febr., gegen 8 Uhr Abends, kam der kön. Finanzminister von Terracina zurückhier an. Es leidet keinen Zweifel, daß dessen Sendung eine Zusammenkunft mit dem Staatssekretär des heil. Vaters, Kardinal Consalvi, bezwekte, und daß die statt gehaltenen Konferenzen auf das Konkordat sich bezogen. Einige glauben, daß alles zu gegenseitiger Zufriedenheit beendigt sey; andere bezweifeln dieses, und sind der Meinung, daß nur der Grund zu dem Bau gelegt worden sey, den das Wohl des Staats und der Religion so dringend fordert u.

Oestreich.

Die allgemeine Zeitung meldet aus Wien vom 7. d.: Die Abberufung unseres bisherigen Internuntius bei der Pforte, Freiherrn v. Stürmer, ist nun bestimmt entschieden, und wird nächstens erfolgen. Freiherr v. Stürmer hatte bekanntlich selbst um diese Rückberufung gebeten, und es heißt fortwährend, daß er die durch den Tod des Freiherrn v. Rosetti erledigte Stelle eines Gouverneurs von Triest erhalten werde. Als seinen Nachfolger an der Pforte bezeichnet man jetzt mit Gewißheit den kais. östreichischen Gesandten am königl. württembergischen Hofe, Grafen v. Lützow. — Seit einigen Tagen will verlauten, daß sich der Graf Stackelberg von hier direkt nach Madrid begeben werde, wo die bereits angeknüpften Unterhandlungen, in Betreff der Vermittlung zwischen Spanien und seinen Kolonien in Amerika, fortgesetzt werden sollen. — Unser Minister des Innern, Hr. Graf v. Saurau, hat seine aus mehreren tausend Bänden bestehende Bibliothek dem Johanneum zu Grätz zum Geschenke gemacht, und sich bloß lebenslänglich einen Theil zum Gebrauche vorbehalten. — Briefen aus Prag zufolge hat ein gewisser G*** (Arzt) die Weisung erhalten, diese Stadt und die östreichische Monarchie binnen 14 Tagen zu verlassen. Die Polizei hatte entdeckt, daß derselbe in verbotenen Freimaurerverbindungen befangen gewesen; einige wollen wissen, daß sogar insgeheim gegen die bestehenden scharfen Verbote Loge zu Prag gehalten worden sey.

Preussen.

Berlin, den 8. März. Einige hundert Mann, welche von unserer Armee aus Frankreich hier eingetroffen, haben, bis auf weitere Ordre, ihre Entlassung erhalten, und sind nach ihrer Heimath zurückgekehrt. — Lange schon war es der sehnliche Wunsch des Publikums, daß die schon vor sechs Jahren bestehende Gemeindegliederung vor sich gehen möge. Selbst verschiedene Provinzialregierungen hatten in der letztern Zeit mehrmals auf diese Theilung angetragen. Diese höchst wichtige Angelegenheit für den preussischen Staat ist nun vom Staatsrath in nähere Betrachtung gezogen, und wird darüber in einer der nächsten Sessionen die Verhandlung

beginnen. — Des Königs Majestät werden, dem Vernehmen nach, im Maimonat von hier nach Posen, Marienwerder und Königsberg reisen, um Revue über die dort garnisonirenden Truppen zu halten, von dort sich zu Ihrer durchl. Prinzessin Tochter, der Großfürstin Nikolaus, nach Moskau begeben, und hernach am Rhein die Zusammenkunft mit Ihren hohen Verbündeten halten.

Rußland.

Petersburg, den 21. Febr. Was für die Mineralogie u. Kenntniß der anorganischen Natur überhaupt hier im Norden ein großes Bedürfniß war, lange aber nur ein frommer Wunsch blieb, auch dies ist unter der segensreichen und glücklichen Regierung Sr. Maj. des Kaisers Alexanders I. in Erfüllung gegangen. Seit dem vorigen Jahre 1817 begründete sich eine Gesellschaft für die gesammte Mineralogie in Petersburg, und wurde durch die Bestätigung Sr. kais. Maj. in die Reihe der übrigen kais. russ. Gesellschaften aufgenommen. Am 7. Jan. feierte dieselbe den ersten Jahrestag ihrer Stiftung in einer öffentlichen Sitzung, welche die ersten Männer des Staats und eine zahlreiche Versammlung ausgezeichnete Gelehrter und Liebhaber dieser Wissenschaft durch ihre Gegenwart verherrlichten. — Dem durch seine Menschenfreundlichkeit unvergeßlichen Engländer Howard, der so viele Gefängnisse in Europa besuchte, um ihren Zustand kennen zu lernen und um das Schicksal der Gefangenen zu verbessern, und der im J. 1790 das Ziel seiner wohlthätigen Laufbahn zu Cherson fand, wird jetzt aus Hochschätzung und Dankbarkeit zu Odessa ein Monument errichtet.

Schweden.

Stockholm, den 27. Febr. Durch den Reichsmarschall Grafen Essen ist nun bekannt gemacht worden, daß der regierende König eine Verlängerung der Zeit, während welcher es dem Publikum erlaubt ist, die irdischen Ueberreste des verstorbenen Königs zu sehen, bis zum 4. März bewilligt habe. Morgen werden die Befahungsregimenter durch den Leichensaal desiliren. Wie man vernimmt, ist die Beerdigung auf den 20. März, 6 Wochen nach dem Todestage, festgesetzt. — Der Gen. Graf Schwerin, Hofstallmeister der verwittveten Königin, ist in seinem 59. Jahre hier gestorben. — Durch eine königl. Verordnung sind überhaupt 12 Zollstationen im Innern, wo alle Durchreisende zur Verhütung der Kontrebande pistirt werden sollen, errichtet, und übrigen die Fahrt im ganzen Reiche von jeder Durchsuchung befreit worden.

Schweiz.

Die eidgenössische Militäraufsichtsbehörde hat ihre Sitzungen in Bern am 7. März beendigt. Ihre Beschäftigungen gingen aus den im eidgenössischen Militärreglement ihr erteilten Aufträgen hervor, und bezogen sich vornämlich auch auf die Prüfung der neuen Kantonalmilizeinrichtungen in ihren Verhältnissen zu den eids-

gendssischen Vorschriften. Sie hat nebenbei den der Tagesung vorzulegenden Entwurf der zu errichtenden Zentralmilitärschule bearbeitet.

Spanien.

Madrid, den 2. März. Die hiesige Zeitung enthält einen offiziellen Artikel folgenden wesentlichen Inhalts: Am 21. Febr., um 1 Uhr Nachmittags, hat eine russische Eskadre, aus 5 Linienschiffen von 74 und 3 Fregatten von 44 Kanonen bestehend, auf der Rbede von Cadix Anker geworfen; sie ist vollständig zu einer langen Fahrt ausgerüstet. Die verheerenden Kriege, welche Spanien in den letzten Jahren zur Rettung seiner Unabhängigkeit zu bestehen hatte, machten es unmöglich, auf die Marine die nöthige Sorg-

falt zu wenden, die daher in Verfall gerathen mußte. Das langsame Mittel des Schiffebaues wurde zwar nicht vernachlässigt; aber es reichte nicht hin, um dem Uebel schnell genug abzuhelpfen. Se. Majestät suchten daher ein anderes, und fanden es in der aufrichtigen Freundschaft Ihres erhabenen Allirten, des Kaisers von Rußland. Gedachte Eskadre gehört nun Spanien, ohne anderes Opfer, als die Bezahlung derselben nach ihrem wahren Werthe, wozu der König sich in Stand gesetzt gesehen hat, ohne seinem Volke neue Lasten zuzumuthen. Diese Eskadre wird mit der übrigen Seemacht des Königs hinreichen, um den span. Handel gegen die Seeräuber zu schützen, und Europa die Vortheile wieder zu geben, die es durch die in Amerika herrschende Anarchie verloren hat u.

B a d e n.

Auszug aus den Karlsruher Witterungs-Beobachtungen.

| 15. März. | Barometer | Thermometer | Wind | Hygrometer | Witterung überhaupt |
|-----------------------|--------------------------------|----------------------------|---------|------------|-----------------------------|
| Morgens $\frac{1}{2}$ | 27 Zoll $10\frac{1}{2}$ Linien | $7\frac{1}{2}$ Grad über 0 | Nordost | 66 Grad | ziemlich heiter, etwas Eis- |
| Mittags 3 | 27 Zoll $9\frac{1}{2}$ Linien | $6\frac{1}{2}$ Grad über 0 | Südwest | 50 Grad | wenig heiter |
| Nachts $\frac{1}{2}$ | 27 Zoll $7\frac{1}{2}$ Linien | 4 Grad über 0 | Südwest | 54 Grad | wenig heiter |

A n z e i g e.

Den verehrten Mitalliebrern des Museums zeigt Unterzogeener ergebenst an, daß Mittwoch, den 18. d., das Oratorium von J. Haydn, die Worte des Erlösers am Kreuz, in dem ihm dazu bewilligten Saal des Museumsgebäudes, zu seinem Vortheil aufgeführt wird. Er ladet hiermit dieselben geziemend ein. Billets zu 1 fl. und Tertbücher zu 6 kr. sind in seiner Wohnung, im reformirten Schulgebäude in der Lagenstraße, bei Hofbuchh. P. Macklot und Mittwoch Abends 5 Uhr an der Kasse zu haben.

E. Berger.

Karlsruhe. [Berichtigung.] In der von der unterzeichneten Behörde erlassenen, und in den Beilagen zu den hiesigen Zeitungen Nr. 59, 63 und 65 eingerückten Bekanntmachung ist durch einen Druckfehler der Name unrichtig angegeben, indem der Ausschreibende nicht Stremel, sondern K e m e l geheißen hat.

Karlsruhe, den 10. März 1818.

Großherzoglich. Badisches Auditorat.
Bogel.

Mannheim. [Staatspapiere: Versteigerung.] Den 18. dieses, Vormittags 11 Uhr, werden von unterzeichneter Stelle, dahier auf dem Rathhaus, folgende Staatspapiere nebst rückständigen Zinsen öffentlich versteigert, und definitiv zugeschlagen werden, nämlich:

- 1) Zwei Rheinpfälzische Partial-Obligationen, jede ad 100 fl.
- 2) Eine dergleichen, ad 500 fl.
- 3) Eine K. K. Leinwandische Schuldverschreibung, ad 1000 fl.
- 4) Eine Badische Staats-Obligation, Lit. A, ad 1000 fl.

Mannheim, den 5. März 1818.

Großherzogliches Amtstribunal.
Leers.

Pforzheim. [Haber-Versteigerung.] Bis Mittwoch, den 18. dieses Monats, Vormittags 10 Uhr, werden da-

hier auf dem Domänenverwaltungsbureau, unter Vorbehalt hoher Genehmigung, 150 Mtr. Haber, gegen baare Zahlung, verkauft werden; wozu die Kaufliebhaber hiermit höflich eingeladen werden.

Pforzheim, den 9. März 1818

Großherzogliche Domänenverwaltung.
Grecelius.

Sinsheim. [Früchte-Versteigerung.] Künstlichen Donnerstag, den 26. dieses, wird man zu Waibstadt 56 Mtr. Spelz

und

17 Mtr. Spelzenabzug,

Freitags darauf, den 27. dieses, zu Kirchard

145 Mtr. Spelz,

4 Mtr. Spelzenabzug,

dann Montags, den 30. dieses, zu Hilsbach

50 Mtr. Haber,

in allen 3 Orten Nachmittags 1 Uhr, an den Meistbietenden öffentlich versteigern; wozu die Liebhaber höflich eingeladen werden.

Sinsheim, den 11. März 1818.

Großherzogliche Domänenverwaltung.
Bader.

Kastatt. [Früchte-Versteigerung.] Mittwoch, den 1. Apr. d. J., Vormittags um 10 Uhr, werden in Großherzogl. Domänenverwaltung Kastatt öffentlich versteigert:

Sommergerste 50 Mtr.

Haber 14 —

und

Wicken 10 —

und falls der Gelds jenem der zwei jüngsten Kastatter Marktpreise sich annähern sollte, ohne weitere Ratifikation sogleich zugeschlagen werden.

Kastatt, den 10. März 1818.

Großherzogliche Domänenverwaltung.